Stolper Post

Tageszeitung für Stadt und Land

Amtliches Anzeigen-Blatt

Die „Stolper Post“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt für den Monat 75 Pfennig; durch die Post bezogen 80 Pfennig ausschließlich Bestellgeld. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 7-gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Pfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 25% Nachlaß; die 3gespaltene Reklamezeile 60 Pfennig. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr des Erscheinungstages.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nummer 246 | Stolp, Donnerstag, den 20. Oktober 1927 | 51. Jahrgang

Das Reichsschulgesetz vor dem Reichstag.

Die Vorbehalte der Volkspartei.

Berlin, 19. Oktober. Präsident Löbe eröffnet die Reichstagssitzung um 13 Uhr. Auf der Tagesordnung steht nur die Fortsetzung der ersten Lesung des Reichsschulgesetzes.

Das Wort erhält sofort der Abg. Dr. Runkel (D. Vpt.). Der Redner stellt fest, daß sich die volksparteilichen Minister im Kabinett ausdrücklich bezüglich einiger Punkte ihre Stellung vorbehielten und diesen Vorbehalt mit Einverständnis der übrigen Minister in der Oeffentlichkeit bekannt gemacht haben. Darüber hinaus hätten die beiden Minister die Stellung ihrer Fraktion bezüglich des ganzen Gesetzentwurfes ausdrücklich vorbehalten. Die Fraktion erkenne den Gesetzentwurf als brauchbare Grundlage für Verhandlungen an, sei aber in der Stellung von Abänderungsanträgen und somit in ihrer Stellungnahme zur endgültigen Verabschiedung des Entwurfes völlig frei. Sie sei grundsätzlich damit einverstanden, daß der Bekenntnisschule die verfassungsmäßige Stellung gegeben werde; ihre Ausgestaltung dürfe aber nicht auf Kosten anderer ebenso verfassungsmäßig berechtigter Schulformen geschehen. Es dürfte kaum einem Widerspruch begegnen, daß die für alle gemeinsame Grundschule nach der Verfassung die Volksschule ist und daß diese Volksschule der alten Simultanschule gleich sein und eine Vorzugsstellung haben soll. Sie soll also die Regelschule sein. Theoretisch wird in dem Entwurf diese Vorzugsstellung anerkannt. Die praktische Durchführung macht diese Anerkennung wieder zunichte. In diesem Falle würde der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit eine nicht zu verkennende Berechtigung haben.

Die Deutsche Volkspartei fordert daher, daß alle Schulen, die seit Jahren Gemeinschaftsschulen sind, auch solche bleiben, und daß alle neu errichteten Schulen, wenn kein rechtsgültiges Antragsverfahren auf Errichtung einer Bekenntnisschule vorliegt, ohne weiteres ebenfalls Gemeinschaftsschulen sind.

Der Redner fordert den christlichen Charakter der Gemeinschaftsschule, so wie er in den alten Simultanschulen festgelegt worden sei. Für die Deutsche Volkspartei bedeute Artikel 147 der Verfassung keine Schonfrist, sondern eine Schutzvorschrift. Die in den Simultanländern eingebürgerte Reichsempfschule oder Normschule solle geschützt werden vor dem Antragsverfahren der Erziehungsberechtigten, deren Wille nach der Verfassung nur möglichst zu berücksichtigen sei. Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei entspreche der liberalen Tradition, an der sie sich nicht versündigen wolle und könne.

Sie beantrage daher die Beibehaltung des bisherigen Rechtszustandes in den Ländern, wo die christliche Simultanschule allgemein anerkannt bestehe. Das gelte auch für die einzelnen Gebiete der Länder, in denen die Simultanschule geschichtlich geworden ist. Auf jeden Fall könnten aber nur die Länder selbst darüber bestimmen, wann sie das Schulgesetz in ihren Bezirken zur Durchführung bringen wollen. Der Redner lehnt weiter eine Auslegung ab, wonach jede Schulform ein geordneter Schulbetrieb sei. Eine solche Auslegung entspreche nicht dem Gang der Verhandlungen in Weimar. Die Schaffung von Zwergschulen würde die Zertrümmerung der Schule zur Folge haben. Zu diesem Schulchaos könne die Deutsche Volkspartei die Hand nicht bieten. Eine Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht müsse vermieden werden, nicht als Abneigung vor der Kirche, sondern um der Kirche willen. Einer eingehenden Prüfung bedürfe die Kostenfrage.

Trotz aller Bedenken sei der Entwurf eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen.

Voraussetzung für einen Erfolg sei aber Verständnis für die Sonderlage einzelner Parteien hüben und drüben. Das Schulgesetz werde entweder zu einem Leichenstein für die deutsche Kultur oder aber ein Motor zum An- und Auftrieb neuer deutscher Kulturentwicklung. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) bedauert, daß von den Regierungsparteien die Debatte in einer Form geführt sei, die mit den bestehenden Problemen sich überhaupt nicht ernsthaft auseinandergesetzt habe. Es bestehe gar kein Zweifel darüber, daß der vorliegende Entwurf verfassungswidrig sei. Auch das Reichsgericht habe in zwei Entscheidungen ganz unzweideutig ausgesprochen, daß die Gemeinschaftsschule als Regel zu betrachten sei. Wenn die demokratische Fraktion der Ausschußüberweisung zustimme, dann tue sie das nur aus Rücksicht auf die Gepflogenheit des Hauses. Durch die Vorlage würden weltanschauliche Gegensätze gewaltsam und über das natürliche Bedürfnis und Gefühl der Mehrheit des Volkes hinaus verschärft und versteift. Aus unserer geistigen Lage heraus habe sich die weltanschauliche Einstellung der höheren Schule als Gemeinschaftsschule mit getrenntem Religionsunterricht zwanglos ergeben. Es sei nicht einzusehen, warum das in der Volksschule anders sein solle.

Die Demokratische Partei lehne diesen Riß im Aufbau und Leben der Einheitsschule grundsätzlich ab.

Sie werde sich nachdrücklichst dafür einsetzen, daß in allen Ländern, in denen die Schulentwicklung die Simultanschule in irgendeiner Form verwirklicht hat, diese Simultanschule vor der Zerstörung durch das Gesetz geschützt wird. Sie sehe auch in der weltlichen Schule als Antragsschule eine ebenso große Gefahr. Staat und Gemeinden würden durch den Entwurf jeder Verfassungsmöglichkeit über die Schule beraubt, das Schicksal der Volksschule werde dem Kampf der Kulturparteien restlos preisgegeben. Auch die Demokratische Partei respektiere die elterliche Verantwortung für die weltanschauliche Erziehung des eigenen Kindes. Das Gesetz gebe aber der Elternschaft das Recht, durch Mehrheitsabstimmung auch über die Kinder anderer zu entscheiden. So werde neben der Demokratie der bürgerlichen Gemeinde eine zweite Demokratie der Erziehungsberechtigten eingebaut. Die Auswirkung des den Eltern zugeschobenen Kampfes um die Schulform werde und müsse dauernder Unfriede sein. Wenn die Schule Kampfobjekt der Parteien werde, so werde es taktisch auch der Lehrer, der unter eine unerträgliche Gesinnungskontrolle einer kulturpolitisch fanatisierten Elternschaft komme. Die Rednerin erklärt zum Schluß, wir sehen in unserem Volke auch auf weltanschaulichem und religiösem Gebiet strebende und ringende Kräfte, denen wir ebenso wie den großen Traditionen im Rahmen der nationalen Einheit des Bildungswesens unter der Obhut des Staates Freiheit und Entfaltung geben sollen.

Abg. Frau Zakin (Kom.) wird von einigen Parteifreunden zur Tribüne geleitet. Sie bekämpft den Gesetzentwurf, da er die Klerikalisierung der Schulen bringe. Die Sozialdemokratie habe in der Schulfrage die Interessen der Arbeiterschaft nicht gewahrt. Wenn so etwas an dem grünen Holze der Sozialdemokratie geschehe, was solle man dann von dem dürren Holz der Deutschnationalen erwarten.

Die Erziehung zur revolutionären internationalen Solidarität des Proletariats müsse erzwungen werden. (!)

Das Gesetz trage die religiösen, die Weltanschauungskämpfe in die Gemeinden und in die Familien hinein. Die Kommunisten verlangten nicht Einzelweltanschauungsschulen, sondern die volle Weltlichkeit aller Schulen.

Abg. Dr. Bredt (W. V.) sieht in dem Reichsschulgesetz eine der schwierigsten Materien, die je den Reichstag beschäftigt haben. Der Redner erinnert daran, daß er selbst vor einiger Zeit den Entwurf eines Reichsschulgesetzes eingebracht habe, daß aber das Zentrum leider verhindert habe, daß die Vorlage im Ausschuß beraten wurde. In der Schulfrage scheine bei den Parteien vollkommene Verwirrung zu herrschen. Das deutsche Volk werde vernünftig genug sein, um sich in seiner Mehrheit für die christliche Schule zu entscheiden. Der Redner stimmt der Gesamttendenz der Vorlage zu.

Abg. Dietrich-Franken (Nat.-Soz.) bedauert, daß in der Schule zu wenig Rassenkunde getrieben werde. Auch die germanischen Göttersagen kämen zu kurz. Der Redner erklärt sich für die Gemeinschaftsschule auf deutscher Grundlage. Die Gleichstellung der jüdischen Schulen müsse entschieden abgelehnt werden. Der Redner erklärte, daß seine Partei gegen den Entwurf schwerste Bedenken habe und ihn in seiner jetzigen Form ablehne.

Abg. von Gräfe (Völk.) hält den Zeitpunkt für ein Reichsschulgesetz für denkbar ungünstig, weil keine Einigkeit im Volke bestehe. Auch in der Regierung seien merkwürdige Gegensätze vorhanden. Der Staat müsse die Schulhoheit haben, weil er eine Zusammenfassung des Volktums darstelle.

Es besteht die Gefahr, daß wir im Süden eine Schule unter römisch-katholischem Einfluß bekommen und im Norden eine internationale Völkerbundsschule. Der Einfluß der Eltern müsse gewahrt bleiben.

Abg. Löwenstein (Soz.) tritt für die weltliche Schule ein. Diese Schulform sei das Ideal der Sozialdemokratie, also der größten Partei Deutschlands. Die Verweltlichung des Schulwesens sei die notwendige Konsequenz der geschichtlichen Entwickelung in Reich, Ländern und Gemeinden. (!!) Die Sozialdemokraten wollten praktisch die Mitwirkung der Eltern im Schulleben, lehnen aber ein politisches Elternrecht ab. Der Staatsgerichtshof werde darüber zu entscheiden haben, ob dieses Gesetz verfassungsändernd ist.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen und auf Donnerstag vertagt, außerdem Besoldungsvorlage.

Zum Schluß entspinnt sich noch eine heftige Auseinandersetzung über die Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung. Die Kommunisten verlangen die Besprechung des Streiks in Mitteldeutschland. Der Antrag wird abgelehnt, ebenso abgelehnt wird der kommunistische Antrag, das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsarbeitsminister auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Besatzungsverminderung ein Betrug.

Erbitterung im Rheinland.

Berlin, 19. Oktober. Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete gab Staatssekretär Schmid auf Anfrage von deutschnationalen und Zentrumsabgeordneten vor Eintritt in die Tagesordnung Auskunft über die Stärke der Verminderung der Besatzungstruppen. Im Auftrage des Ministers für die besetzten Gebiete hat sich der Reichskommissar zu General Guillaumat nach Mainz begeben, um dort die deutschen Wünsche vorzutragen. Bestimmte Erklärungen sind hierauf nicht abgegeben worden. Es ist zugesagt worden, die Wünsche dem französischen Kriegsministerium weiterzugeben. Inzwischen ist den Generaldelegierten der Reichsvermögensverwaltung eine Mitteilung zugegangen, nach der am 25. Oktober die Truppenverschiebung der Besatzungsarmee so vor sich gehen soll, daß die einzelnen Kontingente folgendermaßen vermindert werden: das der Belgier um etwa 800, das der Engländer um etwa 1050, das der Franzosen um 6500 Köpfe. Die weitere Verminderung des französischen Kontingents soll dadurch erreicht werden, daß einmal die Mannschaften, die seit der letzten Einstellung in Abgang gekommen sind, nicht wieder ersetzt werden, daß ferner im November weniger Rekruten eingestellt werden, und daß die Verwaltungsdienststellen entsprechend der Verminderung der Truppenstärke verkleinert werden. Insgesamt soll die Besatzungsstärke sich künftig auf 60 000 Mann stellen. Ob die vollen 10 000 Mann Verminderung erreicht werden, kann heute noch nicht abschließend gesagt werden (!), es liege bisher kein Grund vor, an der loyalen Durchführung der gegebenen Zusage zu zweifeln (!!).

Der Staatssekretär gab ferner die Veränderungen in der Belegung der einzelnen Orte bekannt.

Berlin, 19. Oktober. In Ergänzung des offiziellen Berichtes über die heutige Sitzung des Reichstagsausschusses für die besetzten Gebiete erfahren wir aus parlamentarischen Kreisen noch folgendes:

Fast sämtliche Mitglieder des Ausschusses gaben nach Entgegennahme des Berichtes des Staatssekretärs Schmid, der die ersten detaillierten Angaben über den Besatzungsabbau machte, nicht nur ihrer Enttäuschung, sondern auch ihrem Unmut lebhaften, zum Teil sehr temperamentvollen Ausdruck. Es wurde von verschiedenen Rednern festgestellt, daß das nunmehr bekannt gewordene geringe Ausmaß der Truppenverminderung einen Mißerfolg der Locarnopolitik darstelle. Ein pfälzischer Zentrumsabgeordneter teilte mit, daß in der Pfalz, die in dem Abbauprogramm der Besatzungsbehörden besonders schlecht wegkommt und eher eine Vermehrung denn eine Verminderung der Besatzungstruppen zu vergewärtigen hat, nicht nur Enttäuschung, sondern geradezu Erbitterung herrsche. Ein anderer Abgeordneter machte die Regierung auf die katastrophalen Ernte- und Flurschäden aufmerksam, die durch die Schießübungen und Manöver der Besatzungsarmee im besetzten Gebiet entstanden sind.

Staatssekretär Schmid versuchte, die allgemeine Erregung vergeblich durch die Erklärung zu dämpfen, daß die Reichsregierung, namentlich der Reichskanzler Marx und der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, (das Auswärtige Amt wurde anscheinend nicht erwähnt!) alles getan hätten, um eine höhere Verminderungszahl und eine gleichmäßige Auswirkung auf die 2. und 3. Zone zu erreichen. Sogar ein persönlicher Besuch bei dem französischen Oberkommandierenden in Mainz habe diesem Zwecke gedient, leider sei der Erfolg nicht entsprechend gewesen.

Der Streik im Braunkohlenbergbau.

Vortrag bei Hindenburg über den Streik.

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium Dr. Geib zum Vortrag über die Streiklage im Braunkohlengebiet. Man wird auch hierin einen Beweis dafür sehen können, daß die Reichsregierung entschlossen ist, alles zu tun, um sobald als möglich den Braunkohlenstreik beizulegen. Am heutigen Donnerstag sollen bekanntlich vor dem Schlichter neue Verhandlungen stattfinden, die hoffentlich zu einer Einigung führen.

Die allgemeine Streiklage

hat sich nicht wesentlich geändert. Die Zahl der Streikenden ist allerdings eher größer als kleiner geworden. Während im allgemeinen die Streikenden Ruhe und Ordnung wahren, werden aus einzelnen Orten weitere Terrorakte gemeldet. Nach einem Bericht der Regierung in Merseburg ist an allen Stellen, wo irgendwelche unzulässige Beeinflussung der Arbeitswilligen versucht wurde, diese von Landjägern oder der Schutzpolizei durch deren bloße Anwesenheit verhindert worden. Irgendwelche größeren Terrorakte sind bei der Regierung in Merseburg nicht bekannt geworden.

Im Gegensatz dazu teilt einer Meldung aus Halle zufolge der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein mit: Der Streikterror ist in allen Revieren sehr groß. In vielen Fällen sind tätliche Angriffe vorgekommen. Unter dem Druck dieses Terrors hat stellenweise ein leichtes Abbröckeln der Zahl der Arbeitswilligen stattgefunden. Andererseits sind aber auch wieder auf manchen Gruben neue Leute zur Arbeit gekommen.

Zwei Bergleute überfallen.

Die beiden Bergleute Adam und Ulrich von dem Werk „Glückauf“ in Olbersdorf b. Zittau, sind, als sie sich zur Arbeitsstätte begaben, von Streikenden aus dem Hinterhalt überfallen und schwer mißhandelt. Sie wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Wie aus Görlitz von zuständiger Seite mitgeteilt wird, liegen die Brikettfabriken bis auf die Wilhelmszeche bei Siegersdorf still. Es sind noch im Betrieb die beiden großen Kraftwerke Kohlfurt und Hirschfelde und ebenso die Rohkohlenwerke Glückauf, Olbersdorf und Herschelwaldau.

Die Lage im Streikgebiet der Amtshauptmannschaften Borna, Leipzig und Grimma hat sich nicht wesentlich verändert, allerdings ist auch weiter eine Zunahme der Streikenden zu verzeichnen. Die Ruhe und Ordnung ist in keiner Weise gestört worden. Eine etwa notwendig werdende Kohlenversorgung der Leipziger Krankenhäuser, Kliniken und sonstigen sozialen Institute ist von der Zentralstreikleitung in Halle als selbstverständlich zugesagt. Ebenso wird voraussichtlich der Einsatz der Technischen Nothilfe im Landkraftwerk Kulkwitz sich dadurch erübrigen, daß die Notstandsarbeiten von den Streikenden übernommen werden.

Die „Kriegskasse" der Streikenden.

Von der Zentralstreikleitung wird mitgeteilt, daß der Bochumer Bergarbeiterverein heute eine Million Mark zur Unterstützung der Streikenden in Mitteldeutschland angewiesen hat. Wie die Zentral-Streikleitung weiter bekanntgibt, sind nach ihren Listen reichlich 90 Prozent der Bergarbeiter im Ausstand.

Zschornewitz arbeitet weiter.

Regierungspräsident Dr. Grützner unternahm in Begleitung mehrerer höherer Beamten eine Inspektionsreise nach Golpa. Bei den Verhandlungen, die er hier mit der Streikleitung des Heizer- und Maschinistenverbandes führte, sicherten die Vertreter der Arbeitnehmer zu, daß die Produktion Golpas in jedem Falle soweit aufrecht erhalten bleibe, daß sowohl die Licht- wie auch die Kraftstromversorgung des Werkes Zschornewitz keine Einbuße erleiden.

Eine Zuckerraffinerie durch den Streik zum Erliegen gebracht.

Infolge Kohlenmangels ist die Dessauer Zuckerraffinerie, eines der größten Unternehmen Mitteldeutschlands, zum Erliegen gekommen. Ueber 2000 Mann müssen feiern. Ein Teil der Belegschaft wird mit Notstandsarbeiten beschäftigt.

Die Rückwirkung in England.

Die „Morning Post" schreibt: Wenn der Streik in den deutschen Kohlenbergwerken andauert, wird er eine wohltätige Wirkung auf den englischen Kohlenhandel ausüben. Aber abgesehen davon ist der Streik auch deshalb für den britischen Kohlenhandel bemerkenswert, weil er als ein Beweis dafür angesehen wird, daß die Rationalisierung einer Industrie weder niedrige Löhne noch industrielle Streitigkeiten verhindert. Die deutschen Bergleute, die nach einem „Rationalisierungs"-System arbeiten, streiken gegen einen Lohn von 6 Shilling 6,5 Pence pro Schicht, während die britischen Löhne durchschnittlich 10 Shilling 7 Pence betragen.

„Times" zufolge hat der Streik bisher kaum eine Rückwirkung auf den Kohlenhandel in England ausgeübt.

Die Lücken im Reichsversorgungsgesetz.

Die Stellungnahme der Kriegsbeschädigten.

Zu dem dem Reichstage soeben zugegangenen „Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes und anderer Versorgungsgesetze" hat der Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser" Stellung genommen.

Nach Anerkennung der verschiedenen Fortschritte des neuen Gesetzes, besonders hinsichtlich der Rentenerhöhung für die Leichtbeschädigten, bezeichnet der Verband es als eine Lücke in dem Entwurf, daß die Heilbehandlung der Hinterbliebenen unberücksichtigt geblieben ist. Bedauerlich ist diese Lücke im Entwurf deshalb, weil auch in der Rentenaufbesserung die Hinterbliebenen ganz erheblich schlechter gefahren sind als die Beschädigten. Als Beispiel gibt der Verband den Fall einer 42jährigen alleinstehenden Witwe aus dem Mittelstande einer größeren Stadt. Sie gilt nach dem Gesetz als „erwerbsfähig", wird aber kaum je einen Erwerb finden. Sie erhält bisher in Ortsklasse B mit einfacher Ausgleichszulage 27,15 Mark und soll nach dem Entwurf hinfort 29,65 Mark monatliche Rente erhalten (und zwar auch, wenn sie krank und nicht zu 66⅔ Prozent erwerbsunfähig ist im Sinne der RVO.). Diese Witwenrente von 40 Prozent der Vollrente muß nach der Ansicht des Verbandes ganz verschwinden. Die Abstufung der Witwenrente in Gruppen mit 60, 50 und 40 Prozent entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Alle Witwen müssen, wie die Beamtenwitwen, 60 Prozent erhalten. Will man jedoch an der Abstufung festhalten, so müßte zumindest auch den Witwen mit einer 40prozentigen Rente die Zusatzrente in gleichem Umfange gewährt werden, wie den übrigen Witwen.

Der Verband vermißt ferner, daß ein Sterbegeld für Hinterbliebene nicht vorgesehen ist und die Fristen- und Ruhensbestimmungen in nichts gemildert werden sollen. Er erkennt gleichwohl an, daß die jetzige Reichsregierung unter Berücksichtigung der finanziellen Lage des Reiches für die Besserstellung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen mehr getan hat als alle früheren Regierungen seit Bestehen des Reichsversorgungsgesetzes.

Vermischtes.

Der Start in Horta abermals verschoben.

Horta, 19. Oktober. Der für heute früh angesetzte Start der Junkers-Maschine zum Fluge von Horta nach Neufundland mußte wiederum verschoben werden, weil hoher Seegang herrscht. Schon jetzt zeigt es sich, daß Horta für einen künftigen Transatlantik-Luftverkehr kaum als Zwischenlandungsplatz in Frage kommen wird, weil das Hafenbecken für den Start von großen Wassermaschinen viel zu klein ist und die Flugzeuge deshalb das offene Meer zum Abflug aufsuchen müssen.

Neuer Segelflugrekord.

Marienburg, 19. Oktober. Auf dem hiesigen Segelfluggelände hat am Dienstag der bekannte Segelflieger Schulz um 11,42 Uhr mit der „Westpreußen" des Westpreußischen Vereins für Luftfahrt bei einer Windstärke von 14 Sekundenmetern eine Höhe von 650 Meter erreicht, womit er den französischen Höhenrekord von 546 Meter drückte. Leider konnte seine Höhe nicht barographisch festgelegt werden, da kein Instrument an Bord war. Um 15,43 Uhr landete Schulz glatt auf dem Flugplatz. Er war insgesamt 4 Stunden, eine Minute 38 Sekunden in der Luft.

Wieder vier Menschen durch Feuer umgekommen. Gestern früh brannte in der Nähe von London das Landschloß des Majors Baslewy-White nieder, wobei er selbst, seine Frau, der vierjährige Sohn und dessen Kinderfrau in den Flammen umkamen. Drei Diener, die fest schliefen, als das Feuer ausbrach, konnten sich durch Sprünge aus den Fenstern retten. Die verkohlten Körper der vier Opfer wurden gefunden, nachdem das Feuer gelöscht war.

Stadt. Kreis. Provinz

Sitzung der Stadtverordneten

am Mittwoch, den 19. Oktober.

Das Stadtverordneten-Kollegium hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab, deren öffentlicher Teil erst in der 9. Abendstunde beendet war. Von den zur Beratung stehenden Vorlagen entfesselte namentlich die Biersteuerordnung eine lange und ausgiebige Debatte. — Im einzelnen ist über die Sitzung zu berichten: Entlastet wurden die Jahresrechnungen der Volksküchenverwaltung für 1926, der Schlacht- und Viehhofverwaltung für 1926 und die der Volksschulverwaltung für 1925. Es folgte vorschlagsgemäß die Wahl von stellvertretenden Mitgliedern für das Schauamt, und zwar Stadtv. Kirchmann für Stadtv. Roeser, Stadtv. Scheil für Stadtv. Becker, Stadtv. Brabandt für Kaufmann Gerson, Kaufmann Böttcher für Mühlenbesitzer Kauffmann, Stadtv. Wichmann für Ackerbürger Giebe.

Beschlossen wurde, die Gespannhaltung in der städtischen Oberförsterei mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. wieder Forstmeister Rosenhagen zu übertragen, als Pauschalvergütung für alle damit zusammenhängenden Ausgaben einschließlich Reisekosten Forstmeister Rosenhagen jährlich 4500 Mark zu zahlen und den Anschaffungspreis für die Pferde von der Stadt als zinsloses Darlehn zur Verfügung zu stellen. Stadtv. Symnick fragte an, ob das Darlehen entsprechend einem anderen Falle nicht verzinst werden könne, auch hält er die jährliche Pauschale für zu hoch. Oberbürgermeister Hasenjaeger gab zur Antwort, daß die Regelung nach staatlichem Muster erfolgt sei. Die Stadt käme noch gut dabei weg, denn sie habe jetzt weniger zu zahlen, wie früher. Bei dem angezogenen anderen Falle habe es sich um etwas ganz anderes gehandelt. Stadtv. Jeschkeit erklärte, der Vorlage seine Zustimmung nicht geben zu können. Nachdem Oberbürgermeister Hasenjaeger dem Vorredner geantwortet, erfolgte die Annahme der Vorlage. — Der Synagogengemeinde wurde ein Beitrag von 300 Mark zu den Kosten des jüdischen Religionsunterrichts bewilligt. — Weiter bewilligte man dem Eulitz-Verlag G.m.b.H. unter der Voraussetzung, daß der gesamte erforderliche Zuschuß zusammenkommt, einen Zuschuß von 700 Mark zur Herausgabe des Werkes des Landesgeologen Dr. Kurd von Bülow „Geologie von Stolp".

Der Vertrag mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

vom 4. März 1926 soll zum 1. Januar n. J. gekündigt werden. Dagegen wandte sich Stadtv. Kroggel, der die für diese Kündigung beigebrachten Gründe nicht für stichhaltig hält. Es bestände die Möglichkeit, bis 15. November mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband Besprechungen über eine andere Gruppeneinteilung aufzunehmen. Er stellte den Antrag, den Vertrag nicht zu kündigen, sondern neue Verhandlungen aufzunehmen. Oberbürgermeister Hasenjaeger erwiderte, daß der Grund der Kündigung darin liege, daß die städtischen Arbeiter der neuen Besoldungsordnung angepaßt werden. Es bestehe keinerlei Absicht, die Arbeiter zu schädigen. Sie hätten gleich den Beamten ebenfalls Vorschüsse erhalten. Die Stadt müsse neue Grundlagen für die weiteren Verhandlungen haben. Dazu sei die Kündigung des Vertrages nötig. Der Antrag Kroggel wurde abgelehnt, der Magistratsantrag angenommen, des weiteren mehrere kleinere Vorlagen vorschlagsgemäß erledigt. — Kenntnis nahm man von der Zurückziehung des Bürgschaftsantrages für die Ueberlandzentrale Schojow, da diese von einer Bank das für den Ausbau des Werkes benötigte Kapital ohne Bürgschaftsunterlage erhalten hat. — Zugestimmt wurde einem

Tausch von Grundstücken

zwischen der Stadtgemeinde, der Kirchengemeinde St. Marien, der Hospitäler St. Georg und St. Spiritus und der Separationsgenossenschaft in Stolp. Die Stadt gibt nach dem Vertrage ab 13,5 ha und erhält 11,95 ha, hat demnach einen Abgang von 1,58 ha. Die Kirchengemeinde St. Marien gibt ab 11,30 ha und erhält wieder 5,63 hat., hat demnach einen Abgang von 5,67 ha. Die Hospitäler geben ab 5,80 ha und erhalten 12,91 ha, haben also einen Zugang von 7,11 ha. Die alten und neuen Wegeflächen der Separationsgemeinde gleichen sich nahezu aus. Stadt und Kirchengemeinde St. Marien tragen je zur Hälfte die durch den Tausch entstehenden Kosten. Durch den Tausch wird es der Mariengemeinde ermöglicht, ihren Friedhof nach Osten bedeutend zu erweitern. Ohne Debatte gelangte die Vorlage zur Annahme. — Genehmigt wurden die Verträge mit der Provinzialverwaltung betr. die Uebernahme von Hauptverkehrsstraßen seitens der Provinz und die auftragsweise Uebertragung der örtlichen Verwaltung und der Durchführung der Unterhaltung der Hauptverkehrsstraßen. Es handelt sich für Stolp nur um kleinere Strecken der in die Stadt führenden Chausseen. — Angenommen wurde eine neue Baugebührenordnung, die zum Teil eine Herabsetzung der Gebühren bringt. Im Anschlusse stimmte man der Aufhebung der Gebührenordnung für Benutzung öffentlicher Straßen und der der Erhebung von Gebühren in Baupolizeisachen, beide vom 7. Dezember 1923, zu.

Meliorierung von Hütungsflächen bei Deutsch-Plassow.

Der Magistrat beantragt die Meliorierung von Hütungsflächen auf dem städtischen Gute Deutsch-Plassow, um das Gut ertragreicher zu gestalten. Er hat dafür ein Gutachten des Kreiswiesenbauamts eingeholt. Nach diesem sind die Kosten für die Meliorierung auf etwa 14 000 Mark geschätzt. Hiervon können aber bis 80 Prozent aus der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge gewährt werden. Der Pächter des Gutes will das Meliorationskapital vergüten, sodaß sich die Pacht von jetzt 40 Pfund Roggen nach Ausführung der Arbeiten auf 120 Pfund Roggen für den Morgen erhöhen wird. Nachdem Oberbürgermeister Hasenjaeger auf eine Anfrage des Stadtv. Roeser noch erklärt hatte, daß die betr. Arbeiten ausgeschrieben werden würden, gelangte die Vorlage widerspruchslos zur Annahme.

Erhöhung der Unterstützungssätze für Kleinrentner usw.

Den Stadtverordneten liegt eine Magistratsvorlage vor, nach der die Unterstützungssätze erhöht werden sollen und zwar für Kleinrentner für Einzelpersonen von 30 auf 38 Mark, für Ehepaare von 40 auf 50 Mark, für Kinder von 10 auf 16 Mark; für Sozialrentner für Einzelpersonen von 28 auf 35 Mark, für Ehepaare von 35 auf 45 Mark, für Kinder von 14 auf 16 Mark; für Fürsorgeempfänger von 18 auf 23 Mark; für Ehepaare von 24 auf 30 Mark, für Kinder von 6 auf 8 Mark; für städtische Pflegekinder von 23 auf 25 Mark. Stadtv. Kroggel beantragte eine weitere Erhöhung der betr. Sätze. Ihm stimmte Frau Papke zu. Stadtrat Dr. Binke bat um Annahme der Vorlage, da die Stadt eine weitere Erhöhung nicht tragen könne. Stadtv. Tromborg regte an, den Satz für städtische Pflegekinder auf 28 Mark zu erhöhen. Bürgermeister Baar hob hervor, daß die Stadt durch die Erhöhung der Sätze eine Mehrbelastung von 100 000 Mark zu tragen hätte. Im Magistrat sei man sich darüber einig, daß diese Summe aus laufenden Mitteln zu decken sei, ohne eine Steuererhöhung vorzunehmen. Nach weiterer Aussprache wurde der sozialdemokratische Antrag mit 22 gegen 10 Stimmen abgelehnt und der Magistratsantrag angenommen. — Zu einer langen Aussprache kam es sodann bei Beratung der

Biersteuerordnung.

Infolge der durch die Erhöhung der Beamtengehälter aufzubringenden, im Etat nicht gedeckten Mehraufwendungen von rund 85 000 Mark schlägt der Magistrat vor, eine städtische Biersteuer in Stolp einzuführen, die gegen 30–40 000 Mark erbringen würde. Den Herstellerpreis des Bieres, von dem die Steuer zu erheben ist, legt er dahin fest, daß als solcher der Preis gilt, zu dem der hiesige Wirt bezw. Empfänger das Bier franko Stolp bezieht. Stadtv. Dumke nannte die Biersteuer unsozial und unannehmbar. Sie trifft in der Hauptsache den kleinen Gastwirt, der die Steuer nicht abwälzen könne, wie das der große tun würde. Was die Bestimmung des Erzeugerpreises betreffe, so bedürfe sie noch der gerichtlichen Klarstellung. Es sei eine Klage deshalb im Gange, die wahrscheinlich beim Oberverwaltungsgericht zur Entscheidung kommen werde. Redner bat um Ablehnung der Vorlage. Stadtv. Schmalfeldt wandte sich gleichfalls gegen die Biersteuer und verlangte zur Deckung des städtischen Defizits die Erhöhung der Realsteuern, die in den nächsten Jahren doch kommen werde. Die Rechte wolle diese Steuer aus wahltaktischen Gründen nicht haben, um bei den nächsten Wahlen, die eine andere Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung bringen würde, sagen zu können, sie hätte die Realsteuern gesenkt. Stadtv. Dr. Boseck wies den Vorwurf, seine Fraktion hätte aus steuerpolitischen Gründen gearbeitet, entschieden zurück. Oberbürgermeister Hasenjaeger widerlegte die Ausführungen des Stadtv. Schmalfeldt. Nur, weil die Stadt das Geld benötige, wolle sie die Biersteuer und die Wertzuwachssteuer in Stolp einführen. Mit den Erträgen daraus und der Entnahme von 35 000 Mark aus dem Betriebsfonds komme man aus. Man hoffe auch für die nächsten Jahre auszukommen, ohne eine Erhöhung der Realsteuern vorzunehmen. Nach längeren weiteren Ausführungen, an denen sich mehrere Stadtverordnete beteiligten, wurde schließlich in namentlicher Abstimmung die Biersteuerordnung mit 19 gegen 13 Stimmen angenommen. — Zugestimmt wurde im Anschluß an obige Vorlage auch der Wertzuwachssteuerordnung in der Fassung des Hauptausschusses. — Als Notstandsarbeit für den kommenden Winter soll eine Umgestaltung des Geländes zwischen der Lachsschleuse und der Waldkatze in Aussicht genommen werden. In dem früheren Stolpearm sollen 3 Fischteiche mit Dämmen darum angelegt und die Dämme mit Baumschmuck versehen werden. Weiter soll die Gegend landschaftlich gehoben und mit Bäumen bepflanzt werden. Es wurden dafür 8400 Mark außerordentlich bewilligt.

Chaussierung des Walkmühlenweges.

Der Walkmühlenweg von dem Gute St. Georg bis nach der Kiesgrube in der Waldkatze soll eine Chaussierung erhalten. Die Kosten dafür, einschließlich der Ausbesserung des Walkmühlenweges von der Endstation der Straßenbahn bis nach der Straße nach dem Gute St. Georg sind auf rund 26 000 Mark veranschlagt worden. Dazu hat der Bürgerschützenverein einen Kostenbeitrag in Höhe von 7000 Mark zu leisten, wozu er sich auch bereit erklärt hat, wenn die Stadt ihm diese Summe als Hypothek gewährt. Der Vorlage wurde zugestimmt. — Zustimmung erhielt auch die Verlegung der Fluchtlinie der Franz Nitzschkestraße. Letztere soll beim Raphael-Wolfstift in die Kublitzer Chaussee einmünden, während die bisherige Straße als Fußweg bestehen bleibt. — Auf eine Anfrage des Stadtv. Dr. Boseck wegen des Vertragsabschlusses mit der Provinz betr. das Wasserkraftwerk Bedlin, antwortete Direktor Lindenau, daß die dortige Wasserkraft für die Stadt durchaus nicht den Wert habe, wie zuerst angenommen wurde. — Das Werk könne nicht voll ausgenutzt werden, weiter hätten wir auch das Baurecht nicht besessen. Dazu sei dann noch gekommen, daß auch ein Berliner Sachverständiger nach sorgfältiger Prüfung aller Unterlagen von dem Bau eines Werkes, das 1¼ Millionen Mark gekostet hätte, abgeraten habe. Die jetzige Lösung wäre für die Stadt die günstigste. Die Stadtverordneten nehmen Kenntnis hiervon. — Zugestimmt wurde dem Magistratsantrage, den Ausbau der Birkenallee erst dann als endgiltig erledigt anzusehen, wenn der Fahrdamm in sechs Meter Breite mit Kleinpflaster befestigt und die beiderseitigen Bürgersteige von je 3 Meter Breite mit Kunstgranitfliesen und Mosaikpflaster belegt sind. — Nach Erledigung einer kleinen Anfrage erreichte die öffentliche Sitzung sodann ihr Ende.

* * *

Eine „Matthes-Straße" in Stolp.

Wie aus der heutigen amtlichen Veröffentlichung hervorgeht, hat die Polizeiverwaltung die Verlängerung des Jungfernsteiges, an der zur Zeit das neue Oberrealschulgebäude errichtet wird, nach dem früheren Ersten Bürgermeister Matthes benannt, der vom 30. Januar 1893 bis zum 30. September 1904 an der Spitze der Stadtverwaltung von Stolp stand.

Seiner kraftvollen und weitblickenden amtlichen Führung verdankt unsere Stadt eine große Reihe von Verbesserungen, durch die ihre Entwickelung von einer Stadt von etwa 24 000 Einwohnern im Jahre 1893 zur immer mehr aufstrebenden Mittelstadt in hohem Maße beeinflußt wurde. Es sei nur an die Anlage der Wasserleitung und der Schwemmkanalisation, an die neue Pflasterung der alten Straßen, an die Anlegung vieler neuer Straßen, an den Bau des Rathauses, des Hospitals und einiger Schulen, sowie an das Ausscheiden der Stadt aus dem Landkreise im Jahre 1898 erinnert.

Diese und andere auf sein persönliches Eingreifen zurückzuführenden Maßnahmen und die dadurch verursachten Kosten gingen nicht ohne Kämpfe mit der Vertretung der Bürgerschaft ab. Deshalb folgte Herr Matthes im Jahre 1904 einem Rufe nach Breslau als Stadtkämmerer. Dort wirkte er bis zu seinem im vorigen Jahre erfolgten Eintritt in den Ruhestand, den er jetzt in Quedlinburg verlebt.

Mit der Benennung dieser Straße nach ihm wird eine alte Dankesschuld der Stadt abgetragen.

*

Vorgeschichtliche Funde im Landkreise.

Vor einigen Wochen wurde das Heimatmuseum benachrichtigt, daß bei Rathsdamnitz ein vorgeschichtliches Gräberfeld gefunden worden sei. Als einige Vorstandsmitglieder des Museums an Ort und Stelle erschienen, stellte sich heraus, daß das Gräberfeld schon vor 3 Jahren, bei der Anlegung des Sportplatzes gefunden worden war. Das Heimatmuseum, das in jener Zeit noch nicht in die Oeffentlichkeit getreten war, hatte damals keine Nachricht erhalten. Es konnte aber jetzt noch eine Urne, die Gastwirt Barz in Verwahrung genommen hatte und dem Heimatmuseum stiftete, für das Museum geborgen werden. Aus der Form dieser Urne ließ sich feststellen, daß es sich nicht wie gewöhnlich um ein Gräberfeld der frühen Eisenzeit (800—500 v. Chr.), sondern um ein solches der vorhergehenden Bronzezeit, in der das Eisen noch nicht bekannt war, handelte. Funde aus dieser Zeit (2000—800 v. Chr.), in der ebenfalls schon die Ostgermanen unser Land bewohnten, sind erheblich seltener. Das Museum verfügte bisher nur über 2 Urnen aus jener Zeit, während es aus der Eisenzeit bereits etwa 40 besitzt. — Im Anschluß an diese Besichtigung besuchten die Herren noch Neujungelow und Malenz, ein Besuch, der wegen der vorgeschrittenen Jahreszeit noch einmal wiederholt werden mußte. Dort war das Vorhandensein eines bisher noch nicht bekannten Burgwalls gemeldet. Bei der Besichtigung konnte zwar festgestellt werden, daß das betreffende Geländestück im Walde Spuren menschlicher Bearbeitung zeigt; ein Burgwall war jedoch nicht zu erkennen. Es bleibt die Möglichkeit, daß es sich um einen zerstörten oder auch nur angefangenen Wall handelt. Genaueres könnte nur durch Nachgrabungen festgestellt werden. Doch zeigte sich, daß auch die Gegend von Malenz reich an vorgeschichtlichen Gräberfeldern ist, also auch bereits in vorgeschichtlicher Zeit dicht besiedelt gewesen sein muß. Nicht weit von Malenz befinden sich zwei Gräberfelder aus der früheren Eisenzeit (800—500 v. Chr.). Von jedem der beiden Felder konnte das Heimatmuseum eine Urne als Belegstück mit heimbringen (Geschenk der Rittergutsbesitzerinnen Geschwister Woltersdorff in Neujungelow und Malenz).

Ferner konnten die Herren noch, durch Lehrer Reinke in Altjungelow dankenswerter Weise darauf hingewiesen, eine sehr bemerkenswerte Entdeckung machen: Bei Niemietzke, noch auf Malenzer Gebiet, befindet sich ein aus großen Steinen errichtetes Grab (sogen. Megalith-Grab). Es ist dies das erste im Kreise Stolp bekanntgewordene, während z. B. auf Rügen und in der Lüneburger Heide, auch in Westfalen dergleichen Gräber nicht selten sind. Ein Quadrat von etwa 6 Metern Seitenlänge ist durch große Findlingsblöcke als geheiligter Raum bezeichnet; in diesem Raum liegt dann, ebenfalls aus großen Findlingsblöcken hergestellt, das Grab mit einem Gange, der in die Grabkammer führt. Diese Art von Gräbern stammt aus der jüngeren Steinzeit, also aus der Zeit vor 2000 v. Chr. Ueber diesen ungemein wichtigen Fund wird vielleicht später, wenn noch genauere Feststellungen an Ort und Stelle getroffen sind, des näheren berichtet werden. — Die Bronze- und Eisengegenstände, die sich in dem Gräberfeld in der Waldkatze gefunden haben, sind jetzt auf einer Tafel vereinigt und in der vorgeschichtlichen Abteilung ausgestellt. Im Schaukasten für Neuerwerbungen ist ebenfalls ein recht beachtenswertes vorgeschichtliches Stück ausgestellt, nämlich eine aus Feuerstein bearbeitete Lanzenspitze — ein hervorragend schönes Stück in der Form eines Lorbeerblatts (Geschenk von Bauerhofsbesitzer Gnadt in Augustfelde bei Alt-Karwen, durch Vermittlung von Lehrer Kuchenbäcker in Alt-Karwen).

Das Heimatmuseum wiederholt seine Bitte um baldige Benachrichtigung (Fernsprecher Stolp 84, Stadtrat Dr. Eylert), falls Urnen oder sonstige vorgeschichtliche Gegenstände gefunden werden, und bittet, bis zum Eintreffen der Sachverständigen die Fundstelle nur freizulegen, die eigentliche Bergung aber den Herren vom Heimatmuseum zu überlassen, die darin geübt sind und daher vieles retten können, was durch ungeübte Hände trotz besten Willens verdorben wird. In der Regel ist es den Herren möglich, schon am Tage der Meldung an Ort und Stelle zu erscheinen.

*

Dienstjubiläum. Auf eine 43jährige Dienstzeit im Postdienste konnte am 17. d. Mts. der Oberpostschaffner August Müller hierselbst zurückblicken. Aus diesem Anlaß erhielt der Jubilar ein Anerkennungsschreiben unseres Herrn Reichspräsidenten. Auch wir gratulieren herzlich.

Freilegung der Mönchstraße zwischen Rosengarten u. Schloßplatz. Es hat sich als notwendig erwiesen, die Bäume in der Mönchstraße zwischen Rosengarten und Schloßplatz zu entfernen. Die Bäume sind zum Teil wurzel- und zipfelkrank, sodaß bei den letzten Stürmen zwei derselben bereits umgebrochen bezw. entwurzelt sind. Außerdem wird die Entfernung notwendig durch die Verlängerung der Ring- und Verbreiterung der Mönchstraße.

Diebstahl. Einem hiesigen Händler wurden 13 Sack Hafer gestohlen. Der Hafer wurde unter Preis verkauft. Nach Festnahme eines der Diebe konnte der Tatbestand restlos aufgeklärt und ein Teil des Erlöses aus dem Haferverkauf beschlagnahmt werden.

Unterschlagung. Ein hiesiger Schlosser entlieh sich von einem Freunde einen Mantel, den er nicht wieder zurückgab. Er hatte das Kleidungsstück vielmehr versetzt.

Der Kriegerverein 1876 hielt am 18. d. Mts. im Schweizergarten seine Monatsversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung schilderte der 1. Vorsitzende die augenblickliche politische Lage und gedachte anschließend mit warmen Worten der verstorbenen Frau des Kameraden Frankenstein. Die Versammlung ehrte das Andenken der Entschlafenen durch Erheben von den Plätzen. Drei Kameraden wurden neu aufgenommen und vom 1. Vorsitzenden zu treuer Kameradschaft verpflichtet. Die Kameraden Strauß und Oberst Arretz schilderten ihre Erlebnisse und Eindrücke beim 2. Reichskriegertag in Berlin und bedauerten, daß nicht jeder Kamerad daran teilnehmen konnte. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde beschlossen, die nächste Versammlung mit Damen am 5. November abzuhalten. Nach Erledigung der Tagesordnung hielt der Landgerichtsdirektor a. D. Dr. Heim einen interessanten Lichtbildervortrag über Kamerun und Togo. Die Bilder zeigten das friedliche Leben und Treiben unter deutscher Herrschaft. Der 1. Vorsitzende forderte die Kameraden auf, den Ruf „Gebt uns unsere Kolonien zurück" nie verstummen zu lassen und schloß den Appell mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland.

Lehrgang der Freiwilligen Sanitätskolonne. Am Montag abend begann die hiesige Sanitätskolonne ihren neuen Ausbildungslehrgang, an dem außer den Mitgliedern der Kolonne auch die Angehörigen der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr, mehrere Mitglieder des Turnvereins „1861" und später auch noch eine größere Anzahl von Schülern der Landwirtschaftlichen Schule teilnahmen. Wegen der großen Teilnehmerzahl wird der Lehrgang nicht in dem Raum der Kolonne im Invalidenhaus abgehalten, sondern im Feuerwehrhause an der Herzogsbrücke. Die Uebungen finden unter Leitung von Herrn Dr. med. Heilgendorff vorläufig jeden Montag abend von 8—10 Uhr statt. Der ersten Stunde wohnte als Vertreter des Magistrats Stadtrat Reinke, Dezernent des städtischen Feuerlöschwesens, bei.

Aus dem Theaterbüro. Heute, Donnerstag, 8 Uhr, „Prinz von Homburg", Schauspiel in fünf Akten von H. von Kleist. — Freitag, den 21. Oktober, 8 Uhr, „Prinz von Homburg". Zu beiden Vorstellungen sind noch Karten an der Tages- und Abendkasse erhältlich. — Sonntag, den 23. Oktober, nachm. 3,30 Uhr, zum letzten Male „Liebe und Trompetenblasen", Lustspiel in drei Akten von H. Sturm und H. Bachwitz. Zu halben Schauspiel-Preisen. Abends, 8 Uhr, der große Erfolg! „Drei arme kleine Mädels". — Montag, den 24. Oktober, 8 Uhr, zum letzten Male „Drei arme kleine Mädels".

Schlawe. Einbruchsdiebstahl auf Bahnhof Pustamin. — In der Nacht zum Dienstag wurde auf dem Pustaminer Bahnhof ein dreister Einbruchsdiebstahl verübt. Die Diebe bezw. der Dieb zertrümmerten ein Doppelfenster des Dienstraumes und drangen in diesen ein. Dort erbrachen sie die Stationskasse, welche der Vorsteher am Abend vorher entleert hatte, sodaß ihnen kein Bargeld in die Hände fiel. Dann stahlen sie den Dienstmantel und Joppe des Vorstehers. Nun drangen sie in den Güterraum. Dort erbrachen sie mehrere Pakete und stahlen zirka 19 Paar Stiefel und ein neues verpacktes Fahrrad. Die sofort angestellten polizeilichen Untersuchungen konnten bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt werden. Jedenfalls scheint es sich um eine organisierte Einbrecherbande zu handeln, da in den letzten Nächten auf mehreren Bahnhöfen Einbrüche ausgeführt worden sind.

Neley, Kreis Schivelbein. Selbstmord. — In der Böttcherschen Forst bei Balsdrey fand der Förster den Arbeiter Wanthal aus Lauenburg erhängt vor.

Schivelbein. Todessturz von der Treppe. — Beim eiligen Hinunterspringen einer Treppe stürzte der Monteur Truhn und zog sich eine tödliche Schädelverletzung zu.

Stargard. Spinale Kinderlähmung — Erkrankt ist die 28jährige Aufwärterin Gerhilde Steuber. Eine andere Kranke befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Naugard. Vom Vergnügen in den Tod. — Der Landwirt Redtke in Voigtshagen Ausbau hat sich nachts, von einer Festlichkeit heimgekehrt, erhängt.

Jakobsdorf, Kreis Saatzig. Unglücksfall. — Auf dem Gute Augusthof geriet der Arbeiter Beyer beim Kartoffeleinfahren unter die Räder eines vollbeladenen Wagens. Er erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und blieb tot liegen.

Swinemünde. Kein Verbrechen. — Das geheimnisvolle Verschwinden der 21 Jahre alten Elsbeth Eggert aus Neparnitz (Insel Rügen) ist schnell abgeklärt worden. Das Mädchen hatte ohne Wissen der Eltern eine Reise nach Swinemünde unternommen.

Jastrow (Grenzmark). Der Kultusminister in der Grenzmark. — Kultusminister Dr. Becker bereist z. Z. die Grenzmark, um hier das Schulwesen, besonders die Grundschule, kennen zu lernen.

★

Wie wird das Wetter?

Bericht der deutschen Seewarte.

Das Teiltief, das sich gestern innerhalb des nördlichen Depressionssystems gebildet hat, setzt seine Wanderung nach Osten fort und liegt zurzeit mit seinem Kern über Südnorwegen. Seine Randstörungen reichen bis in die südliche Ostsee, wo sie bei wechselnder Bewölkung Regenfälle verursachen. Vom Ozean her rückt ein Hochdruckgebiet nach, das durch eine Brücke über Süddeutschland, Böhmen und Ungarn mit einem Hoch am Schwarzen Meer verbunden ist. Vorerst werden wir aber noch unter dem Einfluß des Teiltiefes unbeständiges Wetter behalten.

Wetter-Vorhersage: Frische südwestliche, später böig nach Nordwest drehende Winde, wechselnde Bewölkung, Niederschläge in Schauern, wenig Wärmeänderung.

Letzte Meldungen.

Gegen frivole Mießmacherei.

München, 19. Oktober. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held trat heute bei der Beratung des Handelsetats im Haushaltsausschuß des Landtages aufs entschiedenste den Gerüchten über eine Gefährdung der deutschen Währung entgegen. Die Art, wie diese Frage heute vielfach draußen im Lande behandelt werde, grenze an Leichtsinn und Frivolität. Es sei ein Verbrechen am Vaterlande, dem entschieden entgegengetreten werden müsse. Mit Betonung stellte der Ministerpräsident fest, daß die deutsche Währung absolut außer jeder Gefahr sei.

Neue Unruhen in Spanien.

Zürich, 19. Oktober. Die „Neue Züricher Zeitung" meldet aus Paris: Die Telegraphen- und Telephonverbindungen mit Spanien sind heute nachmittag 4 Uhr eingestellt worden. Anschläge in den Pariser Postämtern machen auf die Verzögerung der Beförderung von Postsendungen und von Telegrammen nach Spanien aufmerksam. Die spanische Botschaft in Paris gibt in der fünften Nachmittagsstunde ein Kommunique an die Presse aus, worin es heißt, daß in Madrid völlige Ruhe herrscht, und daß vereinzelte Unruhen in den Provinzen bereits von der Regierung niedergeschlagen seien. Von einer Revolutionsbewegung in Spanien sei nicht zu sprechen.

Das Ausland gegen Calles.

London, 19. Oktober. Die „Times" melden aus Mexiko: Das diplomatische Korps protestiert gegen die Massenfüsilierungen in den Kasernen Mexikos. Die gefangenen Truppen des aufständig gewesenen Generals Gomez seien zum größten Teil in den Kasernen Mexikos durch ein Blutbad von grauenhafter Größe erschossen worden. „Daily Mail" meldet aus Moskau, auch die Kommunisten würden massenweise füsiliert. Der gestrige Tag habe in Tambiso 81 Erschießungen von festgenommenen Kommunisten gebracht.

Handelsnachrichten.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 246—249 (am 18. 10.: 248—251). Roggen Märk. 244—246 (243—245). Sommergerste 220—267 (220—267). Inländische Futtergerste —,— (—,—) Wintergerste —,— (—,—). Hafer Märk. 202—215 (201—214). Mais loko Berlin 192—194 (192—194). Weizenmehl 31,75—35,00 (32,00—35,25). Roggenmehl 32,00—33,65 (32,00—33,65). Weizenkleie 14,00—14,25 (14—14,25). Roggenkleie 14,00—14,25 (14.00). Raps 305—315 (305—315). Leinsaat —,— (—,—). Viktoriaerbsen 52—57 (52—57). Kleine Speiseerbsen 35—37 (35—37). Futtererbsen 22—24 (22—24). Peluschken 21,00—22,00 (21,00—22,00). Ackerbohnen 22—24 (22—24). Wicken 22,00—24,00 (22,00—24,00). Lupinen blaue 14,50—15,50 (14,50—15,50). gelbe —,— (—,—). Seradella —,— (—,—). Rapskuchen 15,80—16,10 (15,80—16,10). Leinkuchen 22,60—22,70 (22,60 bis 22,70). Trockenschnitzel 10,10—10,50 (10,10—10,50). Sojaschrot 20,10—20,40 (20,10—20,40). Kartoffelflocken 24,40—24,80 (24,40—25,00).

Berliner Frühmarktnotierungen vom 19. Oktober. Weizen: Okt. 266, Dez. 270, März 273. Tendenz: flau. Roggen: Okt. 244,50, Dez. 244, März 248. Tendenz: abgeschwächt.

Stettiner Getreidenotierungen vom 19. Oktober. (Für 100 Kg. waggonfrei Stettin.) Roggen inl. 245, Weizen inl. 252, Hafer 198—214, Sommergerste 215—225, Braugerste 250—270.

Berliner Schlachtviehmarkt

Berlin, den 19. Oktober 1927.

Auftrieb: 1429 Rinder, darunter 443 Ochsen, 391 Bullen; 595 Kühe und Färsen; 2209 Kälber; 2830 Schafe; — Ziegen, 15586 Schweine, 2575 zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt, 1645 Auslandsschweine.

	Bezahlt für 50 kg Lebendgewicht 19. 10.
Ochsen	
Vollfleisch. ausgemästete höchsten Schlachtwertes	
a) jüngere	57—59
b) ältere	—
Sonstige vollfleischige	
a) jüngere	52—54
b) ältere	—
Fleischige	47—49
Gering genährte	35—44
Bullen	
Jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes	57—58
Sonstige vollfleischige oder ausgemästete	53—55
Fleischige	48—51
Gering genährte	43—46
Kühe	
Jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes	45—48
Sonstige vollfleischige oder ausgemästete	35—40
Fleischige	27—32
Gering genährte	20—22
Färsen	
Vollfleisch. ausgemästete höchsten Schlachtwertes	55 56
Vollfleischige	50—52
Fleischige	42—46
Fresser	
Mäßig genährtes Jungvieh	38—46
Kälber	
Doppellender bester Mast	—
Beste Mast- und Saugkälber	85—95
Mittlere Mast- und Saugkälber	70—86
Geringe Kälber	52—65
Schafe	
Mastlämmer und jüngere Masthammel	
a) Weidemast	—
b) Stallmast	60—65
Mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe	50—58
Fleischiges Schafvieh	36—45
Gering genährtes Schafvieh	25—35
Schweine	
Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht	68—70
Vollfleischige Schweine von ca. 240—300 Pfd.	67—69
Vollfleischige Schweine von ca. 200—240 Pfd.	63—67
Vollfleischige Schweine von ca. 160—200 Pfd.	60—62
Fleischige Schweine von ca. 120—160 Pfd.	54—58
Fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgew.	—
Sauen	56—59

Marktverlauf: Rinder und Schafe ruhig, Kälber ziemlich glatt, Schweine schleppend.

Sonntag, den 23. Okt. 1927, abends 8 Uhr im Jugendheim:

15. Fritz Reuter-Abend

von **Ludwig Sternberg.**

„Sieh mich, mein Sohn, in meinen alten Tagen —!" Auf Wunsch: Aufs Klaus Groths „Quickborn". Wo Jochen Spatz för den „finen Balduin" einen „lütten Krischan" un för sin „vornehm Melanie" 'ne „Annmarieken" kreg! — Unkel Bräsig wis't Pomuchelskoppen sine Achtersid und seggt „Ich bün kein Du von Sie!" Wo de Armut toirst in de Welt kamen is, un worüm sei sick noch ümmer dorin upholten deiht! Rekter Balderjahn erklärt de Rahnstädter, wat 'ne Platosche Republik is! De Magistrat sall nich mit de Börgers lateinisch reden! Kopmann Kurz kriggt sin Waren „per Achs" und nich „per See". Pomuchel möt rut un de Stadtmuskant prust Bräsigen mit „Heil Dir im Siegerkranz" in de Ogen! — Läuschen un Riemels.

Einlaßkarten zu 1,50 u. 1. Schüler 50 Pfg. in der Musikalienhandlung Felix Albrecht.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Sonnabend, d. 22. Oktober 1927,** Vormittags 10 Uhr werde ich Sandberg 1 folgende Gegenstände als:

Eine Partie Kolonialwaren, Weine, Zigarren, Schokolade, verschiedene Möbel als **1 Harmonium, 2 Rohrsessel** u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern.

Stolp, den 19. Oktober 1927.

Haseney
Ob. Gerichtsvollzieher.

Stadttheater

Ruf 419.

Donnerstag, den 20. und Freitag, den 21. Oktober
8 Uhr

„Prinz Friedrich von Homburg"

Im dunkeln Bann.

Roman von Paul Grabein.

34. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten

Ueberrascht sah Herbert den Begleiter an; er war selbstverständlich auf eine Abweisung gefaßt gewesen und hatte schon für diesen Fall alle weiteren Schritte eben leise mit Doktor Markott besprochen.

Mit höchstem Verwundern folgten daher die beiden ihrem Führer, Herbert mit stürmisch arbeitendem Herzen Was würde die nächste Minute bringen?

Nun standen sie vor dem Zimmer Nr. 37, und der Portier klopfte leise an.

Keine Antwort.

Ein stärkeres Pochen — aber alles wieder still.

Jetzt sahen sich Herbert und Doktor Markott betroffen an, und auch der Portier machte eine verwunderte Miene.

„Herr Doktor!" rief er unter nochmaligem Anklopfen, und als wieder drinnen sich nichts rührte, drückte er entschlossen auf die Klinke. Aber die Tür gab nicht nach — von drinnen verschlossen.

„Ah!"

Ein Laut der Ueberraschung aus drei Kehlen Am nächsten Augenblick aber entfuhr es Herbert: „Hat das Zimmer etwa noch einen zweiten Ausgang?"

„Nur ins Nebenzimmer, nach Nr. 38", und der Portier deutete auf die Tür nebenan.

Schon stand Herbert jetzt davor und klopfte ungeduldig. Aber auch hier blieb es still. Ein zweites, stärkeres Pochen — aber halt! Klang es jetzt nicht wie ein leiser Angstruf von drinnen heraus?

„Gnädige Frau verzeihen — hier der Portier! Sind Herr Doktor denn nicht drinnen?" Der Hotelbedienstete, jetzt selber in starker Beunruhigung, rief es der Dame zu, die er ja dort wußte.

„Nein — mein Mann ist nebenan — er nimmt ein Bad", nur leise und mühsam kam die Antwort. Die Aermste litt noch unter heftigen Kopfschmerzen, die ihr jedes Wort zur Qual machten.

„Ein Bad?"

Verdutzt sah der Portier die Herren an. Und plötzlich, von einem bösen Ahnen durchzuckt, lief er um die Ecke; die Herren folgten ihm eilends und sahen ihn nun, wieder klopfend, vor einer kleineren Tür stehen.

Aber dasselbe Resultat: keine Antwort, und ein Rütteln an der Tür erfolglos.

Da bückte sich der Portier, schob den Schloßdeckel auf die Seite und blickte durch das Schloß — kein Schlüssel drinnen — also von außen abgeschlossen.

Ein leis pfeifender Laut kam da von des Mannes Lippen, und sich aufrichtend, erklärte er den Herren mit der Miene des kundigen Hotelphilosophen, den schließlich nichts überrascht: „Durchgebrannt — durch den zweiten Ausgang!" und er wies den langen Korridor hinaus.

„Wo — dort?" Und schon eilte Herbert in der bezeichneten Richtung entlang, den Korridor hinab, die Treppe hinunter, trat auf die Straße, aber vergebens — von dem Flüchtigen war nichts mehr zu sehen.

Also doch entkommen! Grimm im Herzen, kehrte Herbert langsam wieder um und in das Hotel zurück.

Aber schließlich dachte er ruhiger. Mochte der Schurke auch leider entwischt sein, sein Opfer war ihm doch entrissen — und das war die Hauptsache! Und allmählich kam die Freude über diesen Erfolg über ihn, an den er ja vor einer Stunde kaum zu denken gewagt hatte. Wie würde nun der arme Moosstetter selig sein — schade, daß er ihn nicht sofort zur Stelle schaffen konnte.

So kam Herbert zu Doktor Markott zurück, der inzwischen dem Portier alle nötigen Aufschlüsse über den angeblichen Doktor Murati gegeben hatte. Jetzt hieß es nun allerdings noch den schwierigsten Teil ihrer weiteren Aufgabe zu lösen — die arme Frau da drinnen von ihrem Bann zu lösen, unter dem sie ja noch immer stand, wenn auch ihr Peiniger nun vertrieben war.

Nach längeren Ratschlägen holte der Portier vom Hoteldirektor die Reserveschlüssel zum Zimmer Nr. 37, und Herbert trat nun mit Doktor Markott dort ein.

Er ging mit Herbert an die Verbindungstür zum Nebenzimmer und klopfte leise an.

„Gnädige Frau verzeihen Sie die Störung, aber wir müssen Sie dringend sprechen. — Ich bin es, Herbert Wedekind."

Im selben Augenblick aber erscholl drinnen ein schriller Angstschrei; es war also, wie sie schon befürchtet hatten: Vacaresen hatte natürlich die kurze Zeit seit heute mittag benutzt, um seiner Frau vor Herbert, ihrem Entführer, dieselbe Furcht einzuflößen wie vor ihren Verwandten.

Doktor Markott sah Herbert entschlossen an.

„Es hilft nichts — nun muß ichs schon versuchen. Aber bitte, lassen Sie mich mit ihr allein." Und der Arzt trat in das Nebenzimmer, die Tür hinter sich schließend.

Herbert lauschte mit angehaltenem Atem. Er hörte erst den erneuten Schreckensruf der angstgepeinigten Frau, wie sie aufsprang und, nach ihrem Manne schreiend, zu diesem flüchten wollte, den sie ja noch nebenan vermutete.

Dann vernahm er ein knipsendes Geräusch, Doktor Markott hatte wohl das elektrische Licht in dem völlig dunkeln Raume aufgedreht — ein neuer schriller Aufschrei: sie hatte den fremden Mann erkannt — aber nun klang ruhig und fest des Arztes Stimme, die ihr Mut und Trost zusprach.

Erst sträubte sich die arme Frau noch, offenbar in heftiger Furcht vor dem Fremden — Herbert hörte deutlich ihr Schluchzen und Flehen —, dann aber wurde sie stiller: der Einfluß des Arztes begann offenbar zu wirken.

Nun war es Herbert, als ob sie sich freiwillig von ihm wieder zur Chaiselongue führen ließ; sie war jetzt ruhig geworden, und man hörte nun die sanft auf sie einsprechende Stimme des Doktors. Dann wurde es ganz still — wahrscheinlich hatte er sie in den Schlafzustand versetzt.

Es war so. Einige Minuten später kam Doktor Markott leise heraus aus dem Zimmer und flüsternd sagte er zu Herbert: „Es war ein schreckliches Stück Arbeit — sie war kolossal erregt, wie Sie ja wohl gehört haben — aber nun habe ich sie, Gott sei Dank, so weit; sie schläft. Ich werde nun weiter bei ihr bleiben und meine Versuche der Gegensuggestion beginnen. Sie steht ja freilich durch die ganz frische Einwirkung Vacaresens noch besonders stark unter seinem Einfluß, aber ich werde sie schon kriegen. Dabei, mein lieber Herr Wedekind, bin ich am besten aber ganz ungestört — ich möchte überhaupt nicht, daß Sie innerhalb der nächsten paar Tage jemanden sieht, der sie an die letzten Erlebnisse erinnert.

Das beste wäre also, Sie fahren zunächst wieder ab, nach Berlin. Helfen können Sie ja vorderhand doch nichts, und Sie dürfen sich darauf verlassen, daß Ihr Schützling nun gut aufgehoben ist. Ich werde sie noch heute zu mir in die Wohnung nehmen, wo meine Frau ihr die beste Pflege angedeihen lassen wird und ich sie ständig unter meiner Hand habe.

Vielleicht benachrichtigen Sie also nur noch Herrn Moosstetter von allem, und daß er morgen einmal zu mir kommt. Sehen darf er sie ja vorläufig am allerwenigsten. — Und Sie, mein lieber Herr Wedekind", der Arzt schüttelte Herbert mit kräftigem Druck die Rechte, „Sie machen dann, daß Sie heimkommen. Sie haben ja nun, nachdem Sie sich so opferfreudig für die arme Frau hier eingesetzt haben, an anderes zu denken. Bringen Sie nun Ihre eigene Sache wieder ins Reine — es wird nach alledem ja wohl nicht allzu schwer fallen, sollt ich meinen", er lächelte fröhlich, „und dann — vielleicht können Sie noch von Berlin aus Freund Vacaresen irgendwie zu Leibe gehen. Es wäre doch jammerschade, wenn dieser dunkle Ehrenmann straflos ausgehen sollte."

„Bei Gott, ja, da haben Sie recht, Herr Doktor!" fiel Herbert erregt ein. „Ich brenne danach, mit dem Schuft Abrechnung zu halten. An mir solls also nicht fehlen. — Auf Wiedersehen denn, Herr Doktor, in Bälde!"

So nahm Herbert von dem treuen Helfer Abschied, der dann wieder zu der Kranken zurückkehrte. Herbert aber eilte, nun das Seine zu tun. Da die Zeit bis zu dem Nachtschnellzuge nach Berlin, den er benutzen wollte, in begreiflicher Sehnsucht morgen früh schon wieder daheim zu sein, zu knapp war, um Moosstetter in Ingolstadt aufzusuchen und persönlich zu benachrichtigen, so beschränkte sich Herbert auf ein ausführliches Telegramm. Alle Einzelheiten würde ja Moosstetter dann morgen von Doktor Markott erfahren.

Endlich kam so die zehnte Stunde heran, wo Herbert in den Zug steigen konnte, der ihn nun in schnellem Lauf nach Berlin führen sollte, der Geliebten und dem neuen Glück entgegen. In diesem hoffnungsfrohen Gefühl und nun hinterher überwältigt von all den Strapazen der letzten Tage, sank Herbert in seinem Schlafwagenabteil alsbald in einen bleischweren, tiefen Schlaf, aus dem er erst kurz vor dem Ziel der Fahrt erwachte.

(Fortsetzung folgt.)

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Verlängerung des Jungfernsteiges zwischen der Fabrikstraße und der Stolpe erhält den Namen

„Matthes-Straße".

Stolp, den 19. Oktober 1927.

Die Polizeiverwaltung.
Hasenjaeger.

Gelegenheitskäufe!

Damit sich auch der Aermste für

wenig Geld

einkleiden kann

getragene Anzüge, Militärröcke und Mäntel, einzelne Jacketts, Westen, Schuhe, Stiefel, Damen- und Kinderkleidung aller Art, gebrauchte gute Betten.

Ständiger Ankauf und Verkauf.

Hospitalstr. 31 a.
Altwarenhandlung.

Obstbäume, Beerensträucher, Ziersträucher u. Heckenpflanzen

empfiehlt

Carl Westphal's
Gartenbaubetrieb Stolp.

Willst Du eine
gute Uhr
geh zu
Hermann Peine
nur Holstentorstr. 23.

Elegant und billig
mit Hilfe der
SINGER

Vorteilhafte Zahlungserleichterungen
Mäßige Monatsraten

Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft

Stolp i. Pom., Mittelstrasse 5.

Zwangs-Versteigerung

am **Freitag, den 21. Okt. 1927**, nachm. 2 Uhr in Stolp Sandberg 1 (bestimmt)

große Kessel, Töpfe, Mocca-Tassen, 1 Kaffeeservice, Teller, Spielzeug, Schlittschuhe, Schwanenteich, Pferdeställe, 1 Wagen, Fahrfiguren u. vieles andere mehr.

am **22. Okt. 1927**, vorm. 10 Uhr (Fortsetzung) außerdem

Weinbrand-Verschnitt, Zigarren, Ladentische, 2 Regale, 5 Kinderwagen, Federn, Halbdaunen, Inletts, Schreibtisch mit Stuhl, 1 Teppich, Kostüm, Futter, 1 Flauschjacke

öffentlich meistbietend gegen bar.

Scheunemann
Obergerichtsvollzieher
Stolp i. Pom.
Uhlandstraße Nr. 12.
Telefon 707.

Ia. Bohnermasse u. Fußbodenbeize
in bekannter Güte empfiehlt
J. de Veer, Langestr. 13

Moderne Waschmittel, schädliche Waschmittel!

Darum nur

Ob für Alltag, ob für Feste,
Reger-Seife bleibt die Beste,
Weisses Linnen klar und rein,
Wird der größte Schmuck stets sein!

65 Pfg.

Reine Hände

wollen Sie behalten, auch wenn Sie Schuhe putzen. Dann dürfen Sie nur Erdal verwenden. Die Erdal-Dose öffnet sich durch einfache Hebel-Drehung spielend: Ihre Hände bleiben rein.

Erdal

Marke Rotfrosch

v... nicht zu verbessern, deshalb
s... fen wir eine bessere Packung.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Georg Ziemann, Stolp. Druck von F. W. Feige's Buchdruckerei in Stolp.